Stadt Plauen
Stadtrat

Plauen, 11. Juni 2014

Niederschrift
über die 54. Sitzung des Stadtrates

Sitzung am :	Dienstag, den 03.06.2014
Sitzungsort:	im Großen Ratssaal des Rathauses

Beginn: 15:00 Uhr **Ende:** 20:30 Uhr

Anwesenheit:

Von 43 Mitgliedern des Stadtrates sind 31 ständig anwesend.

Vorsitzender: Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer

Stimmberechtigtes Mitglied	**Stimmberechtigtes Mitglied**	**Stimmberechtigtes Mitglied**
Bernd Barth	Tobias Kämpf	Wolfgang Schoberth
Andre Bindl	Rainer Maria Kett	Dr. Hartmut Seidel
Dieter Blechschmidt	Kerstin Knabe	Uta Seidel
Thomas Fiedler	Prof. Dr. Lutz Kowalzick	Bernd Stubenrauch
Klaus Gerber	Lars Legath	Rico Wagner
Sven Gerbeth	Monika Mühle	Gabriele Weiß
Yvonne Gruber	Petra Rank	Hansjoachim Weiß
Christian Hermann	Dieter Rappenhöner	Michaele Wohlrab
Wolfgang Hinz	Karl-Jörg Rößiger	Benjamin Zabel
Klaus Jäger	Klaus Schatz	Steffen Zenner

Zeitweise Anwesende

Zeitweise anwesende sind 7 Mitglieder des Stadtrates.

Stimmberechtigtes Mitglied	
Wolfgang Alboth	zeitweise anwesend ab TOP 1.5.
Ralf Bräunel	zeitweise anwesend ab TOP 3.1.
Dirk Brückner	zeitweise anwesend bis TOP 3.13.
Helko Grimm	zeitweise anwesend ab TOP 3.2.
Ronny Hagen	zeitweise anwesend bis TOP 3.4.
Thomas Haubenreißer	zeitweise anwesend bis TOP 3.10.
Rico Kusche	zeitweise anwesend ab TOP 3.1. bis TOP 6.1.

Abwesende:

Entschuldigt sind 5 Mitglieder des Stadtrates.

Stimmberechtigtes Mitglied	**Abwesenheitsgrund**
Constantin Eckner	entschuldigt
Hansgünter Fleischer	entschuldigt
Claudia Hänsel	entschuldigt
Andrea Horlomus	entschuldigt
Juliane Pfeil	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung:

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Täschner	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Herr Sárközy	Bürgermeister Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Herr Brückner	Leiter Büro Oberbürgermeister	zu allen TOP
Herr Sorger	Wirtschaftsförderer	zu allen TOP
Frau Göbel	Fachbedienstete für das Finanzverwaltung	zu allen TOP
Frau Weck	Pressesprecherin der Stadt Plauen	zu allen TOP
Herr Uebel	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	zu allen TOP
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb Gebäude- u. Anlagenverwaltung	öffentlicher Teil
Frau Fischer	Leiterin Kulturbetrieb der Stadt Plauen	öffentlicher Teil
Herr Heinze	Kulturreferent	bis TOP3.2.
Herr Helbig	Leiter Fachbereich Sicherheit und Ordnung	öffentlicher Teil
Frau Schicker	Leiterin Fachbereich Bau und Umwelt	öffentlicher Teil
Frau Spranger	Controllerin	öffentlicher Teil
Herr Schäfer	Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen	öffentlicher Teil
Herr Ullmann	Leiter Fachgebiet Tiefbau	öffentlicher Teil
Herr Götz	Bereichsjurist	öffentlicher Teil

Weitere Sitzungsteilnehmer:

Name	Anwesenheitsgrund
von den Fraktionsgeschäftsstellen:	
Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Herr Dolata, SPD-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, FDP-Fraktion	zu allen TOP
Vertreter des Jugendparlaments	öffentlicher Teil
Vertreter des Seniorenbeirates	öffentlicher Teil
Vertreter der Presse	öffentlicher Teil

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 53. Sitzung des Stadtrates am 06.05.2014
1.3. Beantwortung von Anfragen
1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 06.05.2014
1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

2. Information

2.1. Grobkonzept Landesausstellung 2018
Drucksachennummer: 896/2014

3. Beschlussfassung

3.1. Bürgerbegehren zur Öffnung der Straße "Am Syratal" (Panzerstraße) in Plauen
Drucksachennummer: 903/2014

3.2. Bürgerentscheid zur Verkehrsbeplanung der Straße „Am Syratal“ in Plauen
Drucksachennummer: 904/2014

3.3. Annahme der seit 01.01.2014 eingegangenen Spenden
Drucksachennummer: 911/2014

3.4. Grundstücksverkehr (Belastung Erbbaurecht)
Drucksachennummer: 893/2014
3.5. Verlustausgleich aus Jahresabschluss 2013 der Theater Plauen-Zwickau gGmbH
Drucksachennummer: 908/2014

3.6. Neufassung der Richtlinie zur Gewährung finanzieller Zuwendungen für Neugeborene der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 898/2014
3.7. Bewirtschaftungszuschuss Vogtlandstadion
Drucksachennummer: 905/2014
3.8. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen zur Beilegung eines Verwaltungsrechtsstreits
Drucksachennummer: 906/2014
3.9. Bereitstellung von außerplanmäßigen Aufwendungen für Zinszahlungen für die Baumaßnahme „Um- und Ausbau des ehemaligen Horten zum Landratsamt“
Drucksachennummer: 921/2014
3.10. Einleitung des Aufhebungsverfahrens zur Satzung über den Geschützten Landschaftsbestandteil "Schlossberg"
Drucksachennummer: 883/2014
3.11. Ersatz des Eigenanteils der Stadt Plauen durch den Eigentümer zur Annenstraße 25 und 27
Drucksachennummer: 899/2014
3.12. Ersatz des Eigenanteils der Stadt Plauen durch den Eigentümer zur Hammerstraße 19
Drucksachennummer: 900/2014
3.13. Festsetzung der Entgelte für die bürgerlich-rechtliche Nutzung an den öffentlichen Straßen in der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 902/2014
4. Verschiedenes

1. Eröffnung der Sitzung

Die 54. Sitzung des Stadtrates wird durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Herr Stadtrat Klaus Schatz, Fraktion DIE LINKE., und Herr Stadtrat Wolfgang Schoberth, FDP-Fraktion, bestellt.

1.1. Tagesordnung

keine Änderungen

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 53. Sitzung des Stadtrates am 06.05.2014

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 53. Sitzung des Stadtrates am 06.05.2014 unter Beachtung der nachfolgenden Hinweise und Änderungen fest.

Hinweis zu Seite 1 – Zeitweise Anwesende

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, bittet zu prüfen, ob er tatsächlich nur bis TOP 3.3. anwesend war.

Gemäß Aufzeichnung der Schriftführerin war Stadtrat Weiß nur bis TOP 3.3. (ca. 17:34 Uhr) anwesend. Es wurde nach dem TOP 3.1. eine reguläre Pause durchgeführt.
Nach der Pause wurde die Sitzung (17 Uhr) mit TOP 5. Einwohnerfragestunde fortgeführt. (39 Stimmberechtigte anwesend). Danach wurde wieder nach der regulären Tagesordnung

verfahren. Laut Abstimmungsergebnis waren zum TOP 3.3. nur noch 38 Stimmberechtigte anwesend.

Änderungen in TOP 4. - Diskussion zu den Geschehnissen am 1. Mai 2014 in Plauen
(Seite 10 und 11)

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., spricht zu den Ereignissen am 01.05.2014 an der ~~Markus~~ **Paulus**kirche in Plauen.
…
Das Geschehen rund um die ~~Markus~~ **Paulus**kirche hat Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, zutiefst empört.
…
Nach dem Verständnis der Sächsischen Staatsregierung sind die Teilnehmer der Sitzblockade vor der ~~Markus~~ **Paulus**kirche „linksextreme Gewalttäter“ - so der Originalton des Präsidenten des Sächsischen Verfassungsschutzes.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE. merkt an, dass er unter TOP 4. 3 Fragen formuliert hätte. Er bittet um Aufnahme der Fragen in die Niederschrift und um Beantwortung.
…
Stadtrat Legath fragt nach, warum der Oberbürgermeister nicht an dem Punkt war, um deeskalierend zu wirken. Dort wäre es notwendig gewesen, dass die Stadtverwaltung auf beide Seiten einwirkt.
Dann auch noch die Frage, wie die Stadtverwaltung vorhat in die Auswertungsgespräche zu gehen. Auch die Mitarbeiter des Ordnungsamtes waren an diesem Tag in der Stadt unterwegs und haben sich ein Bild gemacht und Versammlungen begleitet.
Das heißt, auch von der Stadt Plauen wird ein klarer Punkt erwartet werden, wie man sich zu diesen Vorwürfen verhält.
Stadtrat Legath teilt „mit einem Augenzwinkern“ mit, dass 6 uniformierte Beamte beobachtet wurden, die in der Nähe der Pauluskirche gegen ein Hecke urinierten. Bei allem Verständnis für die Damen und Herren in Uniform aber auch das ist ein Verstoß gegen die Polizeiverordnung der Stadt Plauen. Hat die Stadt Plauen vor, die Täter zu ermitteln und zu ahnden?
…

1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 06.05.2014

1. Beschluss
Der Stadtrat der Stadt Plauen hat genehmigt, eine noch zu vermessende Fläche von ca. 1.141 m² im Gewerbepark Reißig vorbehaltlich des Vermessungsergebnisses antragsgemäß an einen Investor zu veräußern und es hierzu rechtsaufsichtlich genehmigungsfähig bis zur Gesamtinvestitionssumme zu verpfänden.

2. Beschluss
Der Stadtrat der Stadt Plauen hat den Vergleich zwischen dem Kommunalen Schadensausgleich und der Vogtland-Klinikum Plauen GmbH genehmigt. Der Stadtrat der Stadt Plauen hat den Schuldbeitritt der Stadt Plauen entsprechend § 4, Abs. 1, Pkt. a des Vergleichs zwischen dem Kommunalen Schadensausgleich und der Vogtland-Klinikum Plauen GmbH beschlossen.

1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass zum 55. Spitzenfest auch Besucher aus den Partnerstädten Pabianice, Siauliai und Steyr anwesend sein werden.
Bei der Organisation und der Betreuung dieser Gäste bittet Oberbürgermeister Oberdorfer den Beirat für Städtepartnerschaften und auch die Damen und Herren Stadträte um Unterstützung.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass es ab Herbst 2014 offensichtlich beim Bund ein Förderprogramm mit einer möglichen Fördersumme von 90 % geben soll.

Oberbürgermeister Oberdorfer hat den Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung zusammen mit dem Konturhofverein beauftragt, einen Fördermittelantrag zu stellen. Ob die Stadt Plauen tatsächlich mit Fördermitteln für den Komturhof bedacht wird, ist aber noch relativ unsicher. Eine entsprechende Information wird dem Stadtrat zu gegebener Zeit vorgelegt.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert anhand einer Präsentation zur Hempelschen Fabrik.
Eigentümer des Grundstücks ist die Bundesrepublik Deutschland. Seit 1990 wird eine Vermarktung des Geländes versucht, was bisher nicht gelungen ist.
Die Stadt Plauen hat sich in Absprache mit der Obersten Denkmalschutzbehörde mit diesem Gelände für die Landesausstellung Industriekultur 2018 beworben, um das Gesamtensemble erhalten zu können.

Nachdem die Stadt Zwickau angekündigt hat, dass es zeitliche Probleme bei der Ausrichtung der Landesausstellung geben könnte, hat Oberbürgermeister Oberdorfer nochmals ein Schreiben an das zuständige Ministerium geschrieben.
Nach Meinung von Oberbürgermeister Oberdorfer ist aber eher eine Satellitenausstellung im Weisbachschen Haus als realistischer anzusehen.

Die Bundesimmobilienverwaltung hat nunmehr einen Abrissantrag für verschiedene Gebäude auf dem Areal der Hempelschen Fabrik bei der Obersten Denkmalschutzbehörde gestellt.
Für zukünftige Bebauung des Geländes sind verschiedene Varianten denkbar, z. B. könnte über einen 2. Kindergarten in der Elsteraue nachgedacht werden.
Die Stadt Plauen sieht sich ordnungspolitisch in der Pflicht, Teile des Areals zu übernehmen, wenn es hierfür Fördermittel geben sollte.

2. Information

2.1. Grobkonzept Landesausstellung 2018
Drucksachennummer: 896/2014

Herr Heinze, Kulturreferent der Stadt Plauen, und Herr Sorger, Wirtschaftsförderer der Stadt Plauen stellen anhand einer Präsentation das Grobkonzept für die Teilnahme der Stadt Plauen der 4. Sächsischen Landesausstellung 2018 vor.

Stadtrat Steffen Zenner, CDU-Fraktion, hätte gerne nähere Informationen zum Treffen mit Dr. Dirk Schaal, Koordinator Industriekultur im Sächs. Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, erhalten, welches im Mai 2014 in Leipzig stattfand. Dort konnte u. a. festgestellt werden, dass das Konzept der Stadt Plauen im Vergleich zu anderen durchaus günstig gestaltet ist.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, hatte bei o. g. Treffen den Eindruck, dass die Stadt Plauen mit einem sehr schlüssigen Gesamtkonzept bis hin zu einer möglichen Nachnutzung einen sehr guten Eindruck hinterlassen hat. Problematisch ist allerdings die Haushaltssituation,

welche im Hinblick auf die Landesausstellung dringend besprochen werden sollte.
Nach Meinung von Stadtrat Kett müsste dieses Thema in der neu zu gründenden AG Haushalt besprochen werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass im nächsten Stadtbau- und Umweltausschuss die Arbeitsberatung in Leipzig thematisiert werden soll.

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt das Grobkonzept für die Teilnahme der Stadt Plauen an der 4. Sächsischen Landesausstellung 2018 „Industriekultur in Sachsen“ zur Kenntnis.

3. Beschlussfassung

3.1. Bürgerbegehren zur Öffnung der Straße " Am Syratal" (Panzerstraße) in Plauen
Drucksachennummer: 903/2014

Oberbürgermeister Oberdorfer erteilt Herrn Axel Reinhold, Mitinitiator des Bürgerbegehrens, das Rederecht.

Herr Reinhold stellt aus seiner Sicht die Hintergründe und Motive dar, die zu diesem Bürgerbegehren geführt haben. Er kritisiert die Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen in der Verwaltung. Hier wurden seiner Meinung nach keine Antworten auf Fragen der Initiative betreffs des Bürger-begehrens gegeben.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass die Beschlüsse zum Syratal in diesem Stadtrat beschlossen wurden. Er hält die derzeitige Regelung (Öffnung nur bei Bedarf) für die Panzerstraße für richtig.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert, dass die Stadt Plauen das Bürgerbegehren abzulehnen hat, weil sie rechtlich nicht zuständig ist.
Die Verwaltung schlägt aber stattdessen einen Bürgerentscheid vor, über dessen Durchführung der Stadtrat der Stadt Plauen zu entscheiden hat.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, teilt mit, dass es nunmehr auch eine Initiative gegen die Öffnung der Straße durch das Syratal gibt, welche in den vergangenen 3 Wochen ca. 1900 Unterschriften gesammelt hat.
Nach Meinung von Stadtrat Rappenhöner war die Entscheidung des Stadtrates zur Entwidmung der Straße von 2008 richtig. Die Straße müsste sogar aus dem Landschaftsschutzgebiet entfernt werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer unterbricht Stadtrat Rappenhöner mit Verweis auf die Redezeit gemäß Geschäftsordnung.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., informiert, dass die Verwaltungsvorlagen 903/2014 und 904/2014 im Stadtbau- und Umweltausschuss als ein Komplex beraten und abgestimmt wurden.
Es wäre sinnvoll, dies auch hier in der Stadtratssitzung zu tun.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass es in der heutigen Sitzung nicht um den Inhalt sondern um das Verfahren an sich geht und bittet um Verständnis.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD-Fraktion, informiert, dass seine Fraktion für den Bürgerentscheid stimmen wird.

Stadtrat Fiedler gibt zu bedenken, dass durch den Ausbau der Panzerstraße Anfang 1992 die von den Bürgern begehrte Tonnagebeschränkung und das Verbot des Transportes von wassergefährdenden Stoffen wohl nicht erreicht werden kann. Deshalb spricht sich die SPD-Fraktion gegen eine Öffnung der Straße aus.

Nach Meinung von Stadtrat Fiedler sollte folgender Satz im Bürgerentscheid enthalten sein, der im Stadtbau- und Umweltausschuss abgestimmt wurde:
„Wollen sie eine dauerhafte Öffnung der so genannten Panzerstraße durch das Landschaftsschutz-gebiet Syratal und deshalb die Stadtverwaltung mit einer Planung beauftragen, die eine künftige
Einordnung der Straße am Syratal als Ortsstraße für den allgemeinen Kraftverkehr ermöglicht."

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, wirbt in dieser Sache für Fairness und demokratisches Miteinander.
Die CDU-Fraktion hat einen Antrag gestellt, der darauf abzielt, die Tonnagebeschränkung auf 3,5 Tonnen und Verbot des Transports von wassergefährdenden Stoffen mit in die Frage zum Bürgerentscheid mit aufzunehmen. Der Inhalt des Antrages wurde gemäß Stellungnahme des Geschäfts-bereiches II im Wesentlichen in den Bürgerbescheid mit aufgenommen.

Stadtrat Blechschmidt informiert, dass seine Fraktion es nicht so sieht, dass die Stadt Plauen das Bürgerbegehren wegen Nichtzuständigkeit ablehnen sollte. Der Durchführung des Bürgerentscheides stimmt die CDU-Fraktion mit den o. g. Beschränkungen zu.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, teilt mit, dass seine Fraktion die Durchführung eines Bürgerentscheids mit einer klaren und verständlichen Fragestellung (wie in der Stellungnahme des Geschäftsbereiches II dargelegt) in vollem Umfang unterstützt.

Stadtrat Gerbeth persönlich wird auch gegen die Ablehnung des Bürgerbegehrens stimmen, weil er denkt, dass es möglich sein müsste, dass Bürger auch in dieser Form ihren Willen kundtun können.

Stadtrat Jäger teilt mit, dass seine Fraktion für die direkte Demokratie steht und somit dem Bürger-entscheid zustimmen wird.
Stadtrat Jäger plädiert allerdings mehr für die Fragestellung, wie sie im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen enthalten ist.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, hält für wichtig, den Plauener Bürgern in der Fragestellung zum Bürgerentscheid nichts zu suggerieren, was seitens der Stadt Plauen nicht garantiert werden kann.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, ist der Meinung, dass der Bürger nicht über alles belehrt werden müsste. Bis zum 31.8.2014 ist noch genügend Zeit, die Vor- und Nachteile einer Öffnung der Panzerstraße ausführlich zu erläutern. Ob der Bürger letztendlich sein Wahlrecht wahrnimmt, entscheidet er selbst.
Stadtrat Weiß spricht sich für die Formulierung in der Stellungnahme des Geschäftsbereiches II aus und bittet um Abstimmung hierzu.

Stadtrat Weiß gibt einen Antrag seiner Fraktion ab, der sich bis auf die Formulierung bis 3,5 Tonnen mit der o. g. Stellungnahme deckt. Sollte über den Wortlaut in der Stellungnahme abgestimmt werden, so wäre der Antrag der CDU-Fraktion hinfällig.

Stadtrat Rappenhöner teilt mit, dass seine Fraktion aus bekannten Gründen das Bürgerbegehren ablehnt, einem Bürgerentscheid aber zustimmen wird. Die Fragestellung hierfür muss aber klar sein. Er plädiert für den Text, welcher im Antrag seiner Fraktion dargelegt ist.

Herr Götz, Bereichsjurist, erläutert abschließend noch einmal die Unrechtmäßigkeit des Bürger-begehrens.
Er teilt in aller Deutlichkeit mit, dass bei Ablehnung der vorliegenden Verwaltungsvorlage der Stadtrat eine rechtswidrige Entscheidung mit allen Konsequenzen, die daraus entstehen, treffen würde.

Beschluss:

Das Bürgerbegehren zur Öffnung der Straße "Am Syratal" (Panzerstraße) in Plauen wird vom Stadtrat der Stadt Plauen in erster Linie aufgrund der Nichtzuständigkeit der Stadt Plauen für unzulässig erklärt.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen; 8 Nein-Stimmen; 7 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 54/14-1

3.2. Bürgerentscheid zur Verkehrsbeplanung der Straße Am Syratal in Plauen
Drucksachennummer: 904/2014

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert Inhalt der Verwaltungsvorlage. U. a. weist er darauf hin, dass dieser Beschluss gemäß § 24 Abs. 1 SächsGemO mit einer 2/3 Mehrheit (29 Mitglieder) aller 42 Mitglieder des Stadtrates beschlossen werden müsste.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert, dass 1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie ein Antrag der CDU-Fraktion und die Stellungnahme des Geschäftsbereiches II vorliegen.

Nach Meinung von Oberbürgermeister Oberdorfer ist der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der weitest gehende Antrag und somit als erstes zu beraten und zu beschließen.

Herr Götz, Bereichsjurist, erklärt, dass die Formulierung im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen genau das tut, was sie nicht tun sollte, nämlich dem Bürger suggerieren, was er mit diesem Bürgerentscheid gar nicht bestimmen kann – die Tonnagebeschränkung und das Verbot für Fahrzeuge mit wassergefährdender Ladung oder die Öffnung der Straße. Dieser Bürgerentscheid kann nur den Planungsauftrag hierzu auslösen.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verliest den geänderten Text seines Antrages:

„Wollen Sie eine dauerhafte Öffnung der sogenannten „Panzerstraße“ durch das Landschaftsschutz-gebiet Syratal und deshalb die Stadtverwaltung mit einer Planung beauftragen, die eine künftige
Einordnung der Straße Am Syratal als Ortsstraße für den allgemeinen Kraftverkehr ermöglicht!“

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt folgende Änderung vor:
„Wollen Sie eine dauerhafte Öffnung der sogenannten „Panzerstraße“ durch das Landschaftsschutz-gebiet Syratal und deshalb die Stadtverwaltung mit einer Planung beauftragen, die eine künftige
Einordnung der Straße Am Syratal als Ortsstraße für den allgemeinen Kraftverkehr ~~ermöglicht!“~~ **zum Ziel hat.“**

Stadtrat Rappenhöner bestätigt diese Änderung.

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt zu Protokoll, dass auch Herr Götz, Bereichsjurist, mit dieser Änderung einverstanden wäre, also Rechtskonformität angezeigt ist.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, kritisiert die bisherige Vorgehensweise. Nach seiner Meinung ist die Formulierung der Fragestellung in der Stellungnahme des Geschäfts-bereiches II vom 26.05.2014 die weitergehende.

Nach Meinung von Stadtrat Rappenhöner ist die jetzt gefundene Formulierung die weitest gehende, wogegen die Formulierung in der Stellungnahme des Geschäftsbereiches II eine Einschränkung dieses Beschlusses wäre.

Stadtrat Blechschmidt hält die Streichung der Einschränkungen nicht für richtig. Seiner Meinung nach würde sich der Stadtrat somit gegen den ausdrücklichen Willen der Bürger entscheiden.
Auch er spricht sich für die Formulierung des Geschäftsbereiches II aus.

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Verwaltungsvorlage, *Drucksachennummer: 904/2014,* mit der o. g. Änderung zur Abstimmung auf.

Beschluss:

„Wollen Sie eine dauerhafte Öffnung der sogenannten „Panzerstraße“ durch das Landschaftsschutz-gebiet Syratal und deshalb die Stadtverwaltung mit einer Planung beauftragen, die eine künftige
Einordnung der Straße Am Syratal als Ortsstraße für den allgemeinen Kraftverkehr zum Ziel hat.“

Abstimmungsergebnis: mit 20 Ja-Stimmen mehrheitlich angenommen

Beschluss-Nr.: 54/14-2

Somit ist die Änderung des Beschlusstextes der Verwaltungsvorlage, ***Drucksachennummer: 904/2014*** mehrheitlich beschlossen.

Stadtrat Weiß vertritt die Meinung, dass auch dieser Änderungsantrag mit einer 2/3 Mehrheit abgestimmt werden müsste.

Oberbürgermeister Oberdorfer sieht es schon so, dass dies ein Beschluss über die Änderung des Beschlusstextes der Vorlage war, bei dem eine einfache Mehrheit ausreicht.

(Pause)

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass der soeben gefasste Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht rückgängig gemacht werden kann.
Er verweist aber darauf, dass es Ansinnen der Bürgerinitiative war, den Text des Bürgerbegehrens mit Einschränkungen von Tonnage und Verbot für Fahrzeug mit wassergefährdender Ladung zu versehen.

Es kann nach Meinung von Oberbürgermeister Oberdorfer zu Protokoll gegeben werden, dass es vereinbartes Ziel im Planfeststellungsverfahren sein soll, die Einschränkungen herbeizuführen.

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft nunmehr die Verwaltungsvorlage, *Drucksachennummer: 904/2014* mit dem geänderten Beschlusstext zur Diskussion und Abstimmung auf.

Stadtrat Weiß besteht darauf, nunmehr auch über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen zu lassen und die Einschränkungen in den Beschlusstext einzufügen.

Oberbürgermeister Oberdorfer vertritt die Meinung, dass über den CDU-Antrag nicht mehr abgestimmt werden könnte, da der weiter gehende Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits abgestimmt wurde.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, fragt nach, ob beim jetzigen Stand des Verfahrens noch die Einbringung eines weiteren Änderungsantrages möglich wäre.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, erinnert an die Besprechung im letzten Ältestenrat zu diesem Thema. Dort wurde mitgeteilt, dass Änderungsanträge zum vorliegenden Beschlusstext der Verwaltungsvorlage eingebracht werden können. Dies ist seitens der Fraktion Bündnis 90D/Die Grünen geschehen. Der Antrag der CDU-Fraktion wurde seitens der Fraktion aber zurückgezogen.

Oberbürgermeister Oberdorfer versucht zu vermitteln. Er gibt Herrn Reinhold von der Bürgerinitiative nochmals das Rederecht.

Herr Reinhold legt dar, dass das parteipolitische Gezeter nicht im Sinne der Plauener Bürger ist, die ihre Unterschrift zum Bürgerbegehren gegeben haben. Wie auf der Unterschriftsliste zu erkennen, wollen die Bürger eine Öffnung der Straße mit den angegebenen Einschränkungen.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Oberdorfer ob die Bürgerinitiative eine Öffnung der Straße ablehnen würde, wenn die geforderten Einschränkungen nicht erreichbar wären, antwortet Herr Reinhold, dass dann die Tendenz zur Vollsperrung gehen würde. Aus seiner langjährigen Tätigkeit ist sich Herr Reinhold aber sicher, dass eine Einschränkung auf 3,5 Tonnen ohne weiteres möglich sein sollte.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD-Fraktion, erläutert, dass der vorher gefasste Beschluss zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nichts mehr zurück genommen werden kann
Im Protokoll ist allerdings zu vermerken, dass versucht wird, die von der Bürgerinitiative geforderten Einschränkungen zu erreichen. Das wäre nach Meinung von Stadtrat Fiedler der rechtlich korrekte Weg.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, kritisiert die bisherige Vorgehensweise. Es sollte sich nach dem Text des Bürgerbegehrens gerichtet werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer empfiehlt, dass die Abstimmung über den Bürgerentscheid auf jeden Fall mit den Einschränkungen stattfinden sollte. Er schlägt vor, den Text des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wie folgt zu ergänzen und darüber abzustimmen: „bis 3,5 Tonnen und ohne wassergefährdende Ladung“

Stadtrat Weiß legt dar, dass sich die Einigung im Ältestenrat sehr wohl auf die Einschränkungen bezog und nicht auf den nunmehr vorliegenden Text.

Nach umfangreicher Diskussion stellt Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE. den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion.

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion wird mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss-Nr.: 54/14-3

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft nunmehr zur Abstimmung über folgende Ergänzung des Beschlusstextes auf.

Beschluss:

„Wollen Sie eine dauerhafte Öffnung der sogenannten „Panzerstraße“ durch das Landschaftsschutz-gebiet Syratal und deshalb die Stadtverwaltung mit einer Planung beauftragen, die eine künftige
Einordnung der Straße Am Syratal als Ortsstraße für den allgemeinen Kraftverkehr **bis 3,5 t und ohne wassergefährdende Ladung** zum Ziel hat.“

Abstimmungsergebnis: 18 Ja Stimmen; 18 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen

Die Ergänzung des Beschlusstextes wird abgelehnt.

Beschluss-Nr.: 54/14-4

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft abschließend zur Abstimmung über die Verwaltungsvorlage, ***Drucksachennummer: 904/2014*** mit dem geänderten Beschlusstext gemäß Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen stellt den Bürgern am 31.08.2014 die Frage zur Abstimmung:

> „Wollen Sie eine dauerhafte Öffnung der sogenannten „Panzerstraße“ durch das Landschaftsschutzgebiet Syratal und deshalb die Stadtverwaltung mit einer Planung beauftragen, die eine künftige Einordnung der Straße Am Syratal als Ortsstraße für den allgemeinen Kraftverkehr
> zum Ziel hat?“

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen; 4 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 54/14-5

3.3. Annahme der seit 01.01.2014 eingegangenen Spenden
Drucksachennummer: 911/2014

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, die gemäß Anlage eingegangenen bzw. in Aussicht gestellten Spenden im Umfang von insgesamt 8.758,49 EUR anzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 54/14-6

3.4. Grundstücksverkehr (Belastung Erbbaurecht)
Drucksachennummer: 893/2014

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt die Belastung des Erbbaurechtes für das Grundstück in Plauen, Kurze Straße 18-20 (Kita „Wirbelwind"), Flurstück 1014, Gemarkung Chrieschwitz, Erb-bauberechtigter Deutsches Rotes Kreuz Zentrum Plauen/ Vogtland e.V., mit Grundschulden in Höhe von 86.250,00 EUR und 32.250,00 EUR für den Freistaat Sachsen und in Höhe von 8.625,00 EUR und 3.225,00 EUR für den Landkreis Vogtlandkreis.

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 54/14-7

3.5. Verlustausgleich aus Jahresabschluss 2013 der Theater Plauen-Zwickau gGmbH
Drucksachennummer: 908/2014

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.
Sie weist darauf hin, dass der Inhalt des Beschlusspunktes 2 im Hinblick auf die aktuelle Haushalts-situation aus ihrer Sicht schwierig ist.
Der Anteil der eigenen Einnahmen des Theaters an den Gesamtaufwendungen liegt mit 8,4 % deutlich unter dem Durchschnittswert von 16,2 % vergleichbar bundesweit. Es müssen unbedingt Maßnahmen ergriffen werden, z. B. bezüglich der Eintrittspreise, dass hier gegen gesteuert und der Haushalt nicht weiter belastet wird.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., äußert ebenfalls Bedenken zum Beschlusspunkt 2.
Ihrer Meinung nach hätte die Geschäftsleitung des Theaters schon eher gegensteuern müssen.
Im geschlossenen Teil des Finanz- oder Kulturausschusses sollte darüber gesprochen werden, welche Maßnahmen durchgeführt werden könnten, um nicht noch mehr Defizit entstehen zu lassen.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, weist darauf hin, dass die Personal und Sachkosten jedes Jahr steigen und diese durch den festgelegten Zuschuss nur begrenzt abgedeckt werden können.
Nach Meinung von Stadtrat Kett kann das Theater Plauen-Zwickau nicht mit anderen Städten bundesweit verglichen werden. Wenn der Haustarifvertrag über Freizeitausgleich abgefangen werden soll, bedeutet dies, dass sich die Bedingungen der Aufführungspraxis deutlich verschlechtern werden.
Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, ergänzt, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen wird. Theater und Aufsichtsrat arbeiten an der Problematik. es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass auch im nächsten Jahr der Ausgleich eines Defizit möglich ist.

Stadtrat Karl-Jörg Rößiger, Fraktion DIE LINKE., kritisiert den schlechten Kostendeckungsgrad von 8,4 %.

Stadtrat Stefen Zenner, CDU-Fraktion, gibt zu bedenken, dass ein Theater immer ein Zuschuss-geschäft sein wird. Allerdings ist für eine Standortwahl für viele Firmen auch die kulturelle Seite
einer Stadt ausschlaggebend. Man muss sich mit dem Vogtlandkreis gütlich einigen, was mit einem neuen Landrat nach Meinung von Stadtrat Zenner durchaus möglich sein wird.

Stadtrat Helko Grimm, CDU-Fraktion, hebt die Wichtigkeit des Theaters bezüglich der

Theater-pädagogik hervor.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., unterstreicht eindeutig, dass von seiner Fraktion die Initiative einer Petition an die Landesregierung zur Mitfinanzierung des Theaters Plauen-Zwickau durch das Landesachsen aus ging, ebenso wie die Initiative für die Antragstellung im Kreistag.
Die Fraktion DIE LINKE. steht eindeutig zum Erhalt des Theaters Plauen-Zwickau.

Frau Göbel weist abschließend darauf hin, dass die Kultur eine Aufgabe der Kreisebene und der kreisangehörigen Ebene ist. Mit dem Verlust der Kreisfreiheit sind bei der Stadt Plauen nur die Mittel für die kreisangehörige Ebene verblieben. Der Landkreis hat Mittel für den Kreisanteil Kultur über das FAG (Finanzausgleichsgesetz) dazu bekommen. Die Stadt Plauen zahlt aber nach wie vor den Zuschuss an das Theater allein und entlastet den Vogtlandkreis noch zusätzlich, in dem die Kultur-umlage freiwillig gezahlt wird. Somit hat der Landkreis ein doppeltes Plus zu verzeichnen.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass die Finanzierung des Theaters über dem Maß liegt, welches sich die Stadt Plauen eigentlich leisten kann. Es wird alles unternommen, um das Mehrspartentheater in seiner jetzigen Form zu erhalten.
Die Beteiligung des Landkreises wird dringend benötigt. Nach Meinung von Oberbürgermeister Oberdorfer wird sich hierfür in nächster Zeit eine Mehrheit im Kreistag finden lassen.
Weiterhin wird eine Beteiligung der Stadt Zwickau mit 62 % zu 38 % für sachlich angemessen erachtet.
Unter diesen beiden Voraussetzungen wäre ein Erhalt des Mehrspartentheaters in dieser Form für den in der Stadt Plauen verbleibenden Anteil für finanzierbar.

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt die Abgabe einer Erklärung der Stadt Plauen gegenüber der Theater-Plauen Zwickau gGmbH, wonach die in der Bilanz zum 31.12.2013 auszuweisenden Rückstellungen für Freizeitausgleich in Höhe von 416.219,18 EUR durch die Einstellung einer Forderung gegen die Stadt Plauen in Höhe von 183.136,43 EUR (44% des Rückstellungsbetrages) ausgeglichen werden können. Die Erklärung soll auf die Verpflichtungen aus dem Jahr 2013 beschränkt werden.

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt den anteiligen Ausgleich eines (nach Umsetzung Beschlussvorschlag Nr. 1) verbleibenden außerplanmäßigen Jahresfehlbetrages der Theater Plauen-Zwickau gGmbH für das Geschäftsjahr 2013 in Höhe von 213.175,44 EUR durch die Stadt Plauen durch Zahlung eines zusätzlichen Zuschusses in Höhe von 93.797,19 EUR (= 44 % des Fehlbetrages) und die dafür erforderliche Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel in gleicher Höhe.

3. Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt die Abgabe einer Erklärung der Stadt Plauen gegenüber der Theater Plauen-Zwickau gGmbH, wonach die seit dem 31.07.2008 in der Bilanz der Theater Plauen-Zwickau gGmbH ausgewiesene Forderung gegen die Stadt Plauen in Höhe von 39.600,00 EUR ab dem 01.01.2015 bis zum 31.12.2016 in Höhe von 19.800,00 EUR als werthaltig weiterbestehen soll.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 54/14-8

3.6. Neufassung der Richtlinie zur Gewährung finanzieller Zuwendungen für Neugeborene der Stadt Plauen

Drucksachennummer: 898/2014

Herr Täschner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Neufassung der Richtlinie zur Gewährung finanzieller Zuwendungen für Neugeborene der Stadt Plauen gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 54/14-9

3.7. Bewirtschaftungszuschuss Vogtlandstadion
Drucksachennummer: 905/2014

Stadtrat Wolfgang Alboth, SPD-Fraktion, und Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD-Fraktion, erklären sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nehmen im Zuschauerbereich Platz.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, teilt mit, dass seine Fraktion dem Beschluss zustimmen wird. Um es aber deutlich zu sagen, dient der heutige Beschluss nicht zu Absicherung des Spielbetriebes der 1. Mannschaft in der Regionalliga Nordost, sondern dem Erhalt städtischen Eigentums.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., sieht dies kritisch. Der Verein muss sich den Vorwurf gefallen lassen, nicht kontinuierlich gearbeitet zu haben, was bis vor ein paar Wochen noch immer der Fall war.
Wenn alle anderen Vereine ebenfalls einen Ausgleich für ihre Bewirtschaftungskosten einfordern, könnte dies die finanzielle Situation der Stadt Plauen schwierig gestalten.
Stadtrat Legath schlägt vor, die Sportanlage Vogtlandstadion auch außerhalb der Spiele mehr zu nutzen, z. B. durch Vermietung, um zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen.
Die Fraktion DIE LINKE. kann mehrheitlich der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD-Fraktion, teilt mit, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen wird. Die erheblichen Eigenleistungen, die der VFC Plauen für das städtische Eigentum Vogtlandstadion erbracht hat, sollten nicht außer Acht gelassen werden.

Die Forderung der SPD-Fraktion, dass die Wirtschaftspläne des VFC Plauen einer regelmäßigen Kontrolle unterzogen werden sollen, ist nach derzeitigem Kenntnisstand erfolgt.

Stadtrat Klaus Gerber, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hat das Gefühl, dass es in Plauen nur noch einen Sportverein gibt, den VFC Plauen. Es fällt ihm schwer, diesen Beschluss mit zu tragen.
Er sieht das Problem, dass die Stadt Plauen nach diesem Beschluss gemäß dem Gleichbehandlungsprinzip verfahren müsste und auch anderen Vereinen Unterstützung zukommen lassen müsste.

Stadtrat Dr. Hartmut Seidel, SPD-Fraktion, stellt die Situation aus seiner Sicht als ehrenamtlicher Schiedsrichterbtreuer beim VFC Plauen dar. Seitens der Schiedsrichter gibt es durchweg positive Meinungen zum Zustand und zur Ausstattung des Vogtlandstadions.
Nach Meinung von Stadtrat Dr. Seidel verfügt Plauen im Vergleich zu anderen Städten über eines der besten Stadien der Regionalliga Nordost. Der VFC Plauen tut alles, dass diese positive Situation im Vogtlandstadion erhalten bleibt.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, bittet darum, auch einmal an die Mitarbeiter zu denken, die den Stadionbetrieb aufrechterhalten.

Frau Göbel wirbt um Zustimmung zur Vorlage. Sie teilt mit, dass durch den Eigenbetrieb GAV die Abrechnung der Betriebskosten geprüft wird. Gegenwärtig wird ein prozentualer vergleichbarer Anteil gezahlt.
Frau Göbel weist aber ausdrücklich darauf hin, dass es ein einmaliger Zuschuss sein soll.
Sie ist aber nicht bereit, in Folgejahren einen höheren Zuschuss für den VFC Plauen einzuplanen.
Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die einmalige Zahlung eines zusätzlichen Bewirtschaftungszuschusses in Höhe von 30.000,00 € an den VFC für die Bewirtschaftung des Vogtlandstadions für das Jahr 2014.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen; 4 Nein-Stimmen; 11 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 54/14-10

3.8. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen zur Beilegung eines Verwaltungsrechtsstreits
Drucksachennummer: 906/2014

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen stimmt der Bereitstellung einer außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 99.663,61 EUR zur Beilegung des Verwaltungsrechtsstreits wegen Rückforderung von Förder-mitteln für den Neubau einer Dreifeldsporthalle mit Außenanlagen als Teil des BSZ für Wirtschaft und Gesundheit „Anne Frank“ Plauen zu.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 54/14-11

3.9. Bereitstellung von außerplanmäßigen Aufwendungen für Zinszahlungen für die Baumaßnahme "Um- und Ausbau des ehemaligen Horten zum Landratsamt"
Drucksachennummer: 921/2014

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen in Höhe von 100.000,50 EUR für Zinszahlungen für die Maßnahme „Um- und Ausbau des ehemaligen Kaufhauses Horten zum Landratsamt“.

Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 54/14-12

3.10. Einleitung des Aufhebungsverfahrens zur Satzung über den Geschützten Landschaftsbestandteil "Schlossberg"
Drucksachennummer: 883/2014

Stadtrat Dieter Rappenhöner, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erklärt sich zu dieser Verwaltungsvorlage für befangen.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, stellt einen Geschäftsordnungs-antrag auf Verschiebung der Entscheidung zur Verwaltungsvorlage, *Drucksachennummer: 883/2014*, um ein halbes Jahr.

Stadtrat Kett begründet diesen Antrag mit der finanziellen Situation der Stadt Plauen.
Außerdem würde im Stadtentwicklungskonzept 2020 ein anderer Zusammenhang dargelegt („Der Schlosshang soll als geschützter Landschaftsbestandteil unter Beachtung des Pflege- und Entwicklungsplanes erhalten und entwickelt werden").
Das heißt nach Meinung von Stadtrat Kett, die formulierte Zielsetzung war eine ganz andere.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass bei Abstimmung zum Stadtentwicklungskonzept 2020 noch nicht bekannt war, dass der Schlossberg durch den Freistaat Sachsen mit einer Investition von 15 Mio. EUR für höhere Bildung belegt wird. Dies ist für die Stadt Plauen ein sehr großer Erfolg. Die Ansiedlung höherer Bildung in Plauen war nach Aussage von Stadtrat Kett höchste Priorität, um der Bedeutung Plauens als Oberzentrum gerecht zu werden.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, teilt mit, dass der 1. Bauabschnitt der Maßnahme Schlossberg im Haushalt der Stadt Plauen für 2014 unter der Maßgabe eines nur sehr geringen Eigenanteils gesichert ist. Die Eigenanteile für den 1. Bauabschnitt betragen insgesamt 390 TEUR. 20 TEUR sollen aus dem Preisgeld „Ab in die Mitte" finanziert werden. Hinzu kommen Mittel aus der Hans-Löwel-Stiftung i. H. v. 241 TEUR. Der von der Stadt Plauen selbst aufzubringende Anteil beläuft sich somit auf ca. 129 TEUR.

Herr Sárközy hebt hervor, dass durch eine zeitliche Verschiebung der Maßnahme auf ein halbes Jahr in 2015 keine Baumfällarbeiten (aufgrund der Brutzeit von Vögeln) durchgeführt werden könnten. Somit würde sich die Maßnahme um ein ganzes Jahr verschieben. Außerdem gibt es am Schlosshang sehr viele baufällige Stützwände, deren Stabilisierung mittelfristig trotzdem durch die Stadt vor-genommen werden müsste.
Herr Sárközy wirbt um Zustimmung für die Vorlage.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, hält die Maßnahme im Hinblick auf die Innenstadtentwicklung und die Entwicklung der Elsteraue für eine folgerichtige Entscheidung.
Stadtrat Weiß merkt an, dass auch der Bergknappenverein, welcher sich seit Jahren in ehrenamtlicher Arbeit für das Gelände am Schlosshang engagiert, von dieser Maßnahme profitieren würde.
Auf jeden Fall stellt diese Maßnahme auch eine Aufwertung des Innenstadtbereiches dar.

Auch Stadtrat Wolfgang Schoberth, FDP-Fraktion, spricht sich in seiner Funktion als Mitglied im Bergknappenverein für die Zustimmung zur Vorlage aus.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., spricht sich im Namen ihrer Fraktion für die Zustimmung zur Vorlage aus. Sie fragt aber nach, ob für die Wiederbegrünung des Berghanges ebenfalls Mittel vorhanden sind.

Stadtrat Benjamin Zabel, SPD-Fraktion, merkt an, dass seine Fraktion inhaltlich mitgehen kann.
Es muss aber die finanzielle Situation der Stadt Plauen beachtet werden. Er kritisiert, dass die aus diesem Grunde angeforderte Bildung der AG Haushalt noch immer nicht zustande kam.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert, dass die Terminkette nicht eingehalten werden kann, sollte es doch zu einer Verschiebung Maßnahme kommen. Weiterhin betont Oberbürgermeister Oberdorfer,

dass der heutige Beschluss nicht mit finanziellen Auswirkungen verbunden ist.
Wenn allerdings das Projekt Schlossberg nicht gewünscht wird, so kann dieses im Zuge der Haushaltsplanung 2015 gestrichen werden.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, hält die Argumentation gegen eine Verschiebung der Maßnahme für sinnvoll. Er bittet aber noch um Beantwortung der Anfrage von Stadträtin Rank zur Wiederbegrünung des Schlosshanges.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass bei Nichtverankerung der Investition für die Schlosshangbebauung im Haushalt 2015 auch keine Baumfällung im Februar 2015 erfolgen wird.

Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., spricht sich ebenfalls für die Maßnahme aus. Für die Innenstadtentwicklung sollte der Schlosshang auf jeden Fall in Ordnung gebracht werden.

Stadtrat Kett zieht seinen zu Beginn der Diskussion gestellten Geschäftsordnungsantrag auf Verschiebung der Entscheidung zurück.

Oberbürgermeister Oberdorfer nimmt dies zur Kenntnis und lässt nunmehr über die Verwaltungs-vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Einleitung des Aufhebungsverfahrens zur Satzung der Stadt Plauen über den Geschützten Landschaftsbestandteil „Schloßberg" [GLB Schloßberg].

Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 8 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 54/14-13

3.11. Ersatz des Eigenanteils der Stadt Plauen durch den Eigentümer zur Annenstraße 25 und 27
Drucksachennummer: 899/2014

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Übernahme von 70 % des kommunalen Eigenanteiles durch den Eigentümer für die Bezuschussung zur Maßnahme „ Teilweise Modernisierung Annen-straße 25/27 einschließlich Errichtung von Stellplätzen".

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 54/14-14

3.12. Ersatz des Eigenanteils der Stadt Plauen durch den Eigentümer zur Hammerstraße 19
Drucksachennummer: 900/2014

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Übernahme von 70 % des kommunalen Eigenanteiles durch den Eigentümer für die Bezuschussung zur Maßnahme „ Teilweise Modernisierung und Instandsetzung Hammerstraße 19 einschließlich Neugestaltung der Außenanlagen und Errichtung von Stellplätzen".

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.. 54/14-15

3.13. Festsetzung der Entgelte für die bürgerlich-rechtliche Nutzung an den öffentlichen Straßen in der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 902/2014

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Auf Nachfrage von Stadtrat Wolfgang Alboth, SPD-Fraktion, antwortet Oberbürgermeister Oberdorfer, dass dieser Beschluss für Verträge gedacht ist, die in der Zukunft geschlossen werden.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Entgeltregelung für die bürgerlich-rechtliche Nutzung an den öffentlichen Straßen in der Stadt Plauen gemäß § 8 Abs. 10 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) und § 23 Abs. 1 des Straßengesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsStrG) lt. Anlage 1.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 54/14-16

4 . Verschiedenes

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, fragt nach, wie die Erhöhung der Straßenreinigungsgebühr im Kleingartenverein Bickelstraße zustande kommt.
Der Verein hat einen Gebührenbescheid mit einer Erhöhung der Kosten von 448,74 EUR für 84 Frontmeter in 2013 auf 894,78 EUR für 168 Frontmeter in 2014 bekommen.

Frau Göbel erläutert, dass nach Prüfung der Aktenlage und Einreichung entsprechender Nachweise durch den Kleigartenverein eine unbillige Härte nicht mehr gegeben und somit kein Erlass aus Billigkeitsgründen mehr gerechtfertigt ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Der Bescheid an den Kleingartenverein wird der CDU-Fraktion zur Verfügung gestellt.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP–Fraktion, spricht erneut das Thema „Sammeltaxi für die Possig“ an. Sie bittet um nochmalige Beratung, wie mit dieser Situation umgegangen werden kann.

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt eine Behandlung im zuständigen Ortschaftsrat Straßberg vor.
Stadtrat Blechschmidt möchte in seiner Funktion als Ortsvorsteher bitte einen Sitzungstermin des Ortschaftsrates Straßberg benennen zu welcher ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung Plauen zur Klärung des Themas anwesend sein wird.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht die Verunreinigung des Syrabachs an. In der entsprechenden Antwort von der Unteren Wasserbehörde war die Rede von Verschmutzung durch Pollen, was Stadtrat Rappenhöner nicht ganz nachvollziehen kann. Ab der Holzmühle (Höhe Kauschwitz) schäumt das Wasser nach wie vor.
Stadtrat Rappenhöner bittet um nochmalige Prüfung der Situation vor Ort.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, lässt von einer Mitarbeiterin seines Geschäftsbereiches eine Wasserprobe entnehmen und das Ergebnis der Untersuchung an die Unteren Wasserbehörde zukommen.

Stadtrat Benjamin Zabel, SPD-Fraktion, bittet dringend um Einberufung der 1. Sitzung der AG Haushalt in den nächsten 7 Tagen. Er geht davon aus, dass Oberbürgermeister Oberdorfer diese konstituierende Sitzung leitet.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass aus den Reihen der Fraktionsvorsitzenden der Vorschlag kam, dass die stimmberechtigten Mitglieder des Finanzausschusses auch die Aufgaben der AG Haushalt übernehmen sollten. Hierzu erfolgt nach der heutigen Stadtratssitzung nochmals eine Abstimmung mit den Fraktionsvorsitzenden.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., informiert, dass am 17.05.2014 ein NPD-Informations-stand direkt vor dem Eingang der Bahnhofstraße 49 aufgebaut war. Dies ist der Zugang zur Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE..

Stadtrat Legath kritisiert, dass über diesen Infostand im Vorfeld keinerlei Information an die Partei DIE LINKE. erfolgte.
Er bittet die Ordnungsbehörde bei der Genehmigung solcher Infostände zukünftig darauf zu achten, ob ggf. eine Gefährdung anderer vorliegen könnte oder zumindest die Betroffenen darüber zu informieren.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt zum Thema „Hundespielplatz in Plauen“ nach. In der Zeitung wurde geschrieben, dass es Plätze in Plauen gäbe, an denen Hunde frei laufen dürften. Gemäß Polizeiordnung wäre das nach Meinung von Stadträtin Rank nicht so.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass es am August-Bebel-Hain und auf einer Wiese in Chrieschwitz möglich ist, Hunde ohne Leine laufen zu lassen. Diese beiden Gebiete sind von der Polizeiordnung ausgenommen.

Herr Helbig Herr Helbig, Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, ergänzt, dass es außer den beiden oben genannten Wiesen gemäß Polizeiordnung mehrere Flächen in Plauen gibt, auf denen ein Hund frei laufen darf, z. B. auf privaten Feldern, wenn der Eigentümer dies gestattet (Feld am Wolfsbergweg Richtung Syratal).

Her Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, spricht die Anfrage von Stadtrat Rico Wagner, SPD-Fraktion zu diesem Thema an.
Dort wurde nachgefragt, ob es möglich wäre, abgezäunte Freilaufflächen für Hunde innerhalb des Stadtgebietes zur Verfügung zu stellen.
Nach Prüfung wurde festgestellt, dass eine weitere Fläche als die oben genannten nicht zwingend notwendig ist.
Wenn aber Vereine die Notwendigkeit der Abzäunung sehen und die Kosten hierfür und für die Verpachtung übernehmen, so wird die Verwaltung gerne bei der Suche nach geeigneten Grundstücken unterstützen.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, informiert, dass der Kiwanis-Club sein diesjähriges Konzert sein Benefiz-Openair-Konzert am 19.06.2014 mit dem philharmonischen Orchester Plauen-Zwickau durchzuführen, wozu er alle Anwesenden herzlich einlädt. Spenden, die zu dieser Veran-staltung gesammelt werden, sollen der Jugendarbeit des Theaters und anderen Projekten für Kinder und Jugendliche in der Stadt Plauen zu Gute kommen.

Plauen, den

Ralf Oberdorfer
Oberbürgermeister

Plauen, den

Peggy Glaß
Schriftführerin

Plauen, den

Klaus Schatz
Stadtrat

Plauen, den

Wolfgang Schoberth
Stadtrat